

Kurzbericht

Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien und Regionalentwicklung (22. - öffentliche - Sitzung am 17. Juli 2014)

Beratungsthemen:

1. Aktuelle medienpolitische Themen

hier: Unterrichtung durch Herrn Staatssekretär Dr. Mielke

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

2. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Niedersächsischen Verfassung und eines Gesetzes über die Unterrichtung und Beteiligung des Landtages in Angelegenheiten der Europäischen Union

Gesetzesentwurf der Fraktion der CDU - [Drs. 17/1631](#)

Der - federführende - Ausschuss erörterte Verfahrensfragen. Er kam überein, mit der Beratung über den Gesetzesentwurf erst in der nächsten Sitzung zu beginnen.

3. NRW darf sich nicht aus der Gemeinschaftskasse „Rundfunkbeiträge“ bedienen - „Stiftung Vielfalt und Partizipation“ verhindern

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 17/1612](#)

Der Ausschuss beriet über den Antrag. Mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der Grünen und der CDU empfahl er dem Landtag gegen die Stimme der Fraktion der FDP, den Antrag abzulehnen.

4. Niedersächsische operationelle Programme für die EU-Strukturfondsförderperiode 2014 bis 2020 bedarfsgerecht ausgestalten

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/1477](#)

hier: a) Unterrichtung durch die Landesregierung zum Sachstand der operationellen Programme

b) Fortsetzung der Beratung

Der Ausschuss ließ sich von Vertretern der Landesregierung über den Sachstand bei den operationellen Programmen unterrichten. Die Koalitionsfraktionen kündigten an, demnächst einen eigenen Antrag zu diesem Thema vorzulegen. Beide Anträge sollen in der nächsten Sitzung des Ausschusses beraten werden.

5. Beteiligung des Landtages in Angelegenheiten der EU

a) hier: Unterrichtung durch die Landesregierung

- aa) über die Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat: Strategie für eine sichere europäische Energieversorgung, COM(2014) 330 final
Bundratsdrucksache 258/14 (mündlich)
- bb) über den Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zum nationalen Reformprogramm Deutschlands 2014 mit einer Stellungnahme des Rates zum Stabilitätsprogramm Deutschlands 2014, COM(2014) 406 final
Bundratsdrucksache 249/14 (mündlich)

Der Ausschuss nahm die Unterrichtungen entgegen und führte darüber jeweils eine Aussprache.

- b) Unterrichtung der EU-Kommission über die Entschließung des Landtages zum Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Gesellschaften mit beschränkter Haftung mit nur einem Gesellschafter, COM(2014) 212 final, **Bundratsdrucksache 165/14**

Der Ausschuss erörterte auf einen Vorstoß aus der CDU-Fraktion hin, wie mit EntschlieÙungen des Landtages in Angelegenheiten der Europäischen Union zu verfahren sei, insbesondere ob und durch wen eine Übermittlung solcher EntschlieÙungen an die Institutionen der Europäischen Union zu veranlassen sei. Der Ausschuss beschloss einstimmig, den Gesetzgebungs- und Beratungsdienst hierzu um Stellungnahme zu bitten.

c) Unterrichtungswünsche für die nächste Sitzung

Unterrichtungswünsche wurden nicht geäuÙert.

6. Terminangelegenheiten

Der Ausschuss erörterte mögliche Termine für eine Informationsreise nach Brüssel.